

Presseinformation

Pettendorf/Regensburg, 8.7.2013

Ein gemeinsames Europa braucht einen starken Euro

Ein stetig wachsender Schuldenberg schädigt das Friedensprojekt Europa

Bei der Einführung des Euro wurde den Menschen versprochen, dass sie nicht für die Schulden anderer Länder gerade stehen müssen. Mittlerweile haften Deutschlands Steuerzahler in Milliardenhöhe für so genannte Euro-Rettungsschirme. Trotzdem versinken die Krisenländer weiter in Schulden und Arbeitslosigkeit. „Die Euro-Rettungsschirme werden immer größer aufgespannt. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Europa darf nicht zu einer Schuldenunion werden. Jeder Mitgliedsstaat muss selbst für seine Schulden aufkommen“, beurteilt Tanja Schweiger, MdL, die derzeitige Finanzlage Europas. Bei der dritten Veranstaltung ihrer Themenreise „Im Blick: Lebensqualität in unserer Region“ hat die Kommunal- und Landespolitikerin der Freien Wähler mit Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Deutschen Steuerzahler in Bayern e.V., einen ausgewiesenen Europaexperten zu Gast. Seine Befürchtung: Eine weitere Aufblähung des Schuldenbergs schädigt das Friedensprojekt Europa nachhaltig.

Viele Deutsche sind nicht zuletzt aufgrund der Zypern-Krise tief verunsichert, dass es ihnen ähnlich ergehen könnte und sie mit ihren Ersparnissen für die Misswirtschaft anderer Staaten aufkommen müssen. So gingen bei den Sparkassen allein an einem Tag 20.000 Anfragen ein, ob Kunden mit Rücklagen von über 100.000 Euro für das übrige Bankensystem, das noch gewaltige Risiken mit sich herumschleppe, haften müssten. „Das zeigt deutlich, wie gering das Vertrauen in die Politik und die gegebenen Versprechen inzwischen geworden ist“, resümierte Tanja Schweiger. Die europäische einschließlich der deutschen Finanzpolitik wirke sich mehr denn je auf jeden einzelnen von uns aus, weshalb sie dieses Thema in ihre regional ausgerichtete Themenreise aufgenommen habe.

Wie Rolf von Hohenhau ausführte, hätten die deutschen Bürgschaften, Verpflichtungen, Haftungen und Targetforderungen zusammen inzwischen sogar die Billionengrenze überschritten, mit wachsender Tendenz. Viele der Nehmerländer kämen nur langsam mit ihren Strukturänderungen voran. Die Widerstände gegen Forderungen der Geberländer, weitere Hilfen nur in Zusammenhang mit deutlichen Veränderungen in den Nehmerländern zu koppeln, seien erheblich: „In Europa, das bisher eigentlich ein erfolgreiches Friedensprojekt war, wachsen die Konflikte zwischen Geber- und Nehmerländern, wie die Beispiele in Griechenland und Italien zeigen.“

Nur in einer gemeinsamen Anstrengung könnten diese Aufgaben bewältigt werden, sind sich Tanja Schweiger und Rolf von Hohenhau einig. Es müsse vermieden werden, dass Länder wie Deutschland, Holland, Finnland und Luxemburg durch ihre Rettungsaktionen selbst in Schwierigkeiten geraten.

Ein gemeinsames Europa braucht einen starken Euro. Wie kann der Weg dazu aussehen?

Gerade im Zuge der Globalisierung ist Europa als politische Union von besonderer Bedeutung. In dieser Union, die mit allen Mitteln erhalten und ausgebaut werden müsse, sei Solidarität dringend erforderlich. Allerdings, so von Hohenhau, müsse darauf geachtet werden, dass dabei nicht auch die gesunden Volkswirtschaften in Schwierigkeiten geraten. Wer würde dann die Retter retten?

„Wir brauchen den Euro. Aber als starke, stabile Währung“, unterstreicht Tanja Schweiger. „In der Konsequenz bedeutet das, dass die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrags einzuhalten sind und jedes Land selbst für seine Schulden haftet. Wir brauchen die Eigenverantwortung der Euro-Mitgliedstaaten.“ Die Euro-Rettungsschirme und die damit verbundenen Steuerzahlerbürgschaften seien nicht die Lösung und könnten ins Unermessliche wachsen. Zudem gebe es für ESM*-Mitgliedstaaten kein ESM-Austrittsrecht. „Wir brauchen Umschuldungsverhandlungen und konstitutionelle Schuldenbremsen.“

Rolf von Hohenhau, der auch Präsident der Taxpayers Association of Europe (TAE) sowie Vizepräsident der World Taxpayers Association (WTA) ist, meinte, dass die Frage der Währungsunion auch in absehbarer Zeit von Fall zu Fall, das heißt von Land zu Land, mit größter Vorsicht behandelt werde. Dabei dürfe nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Länder ihre Probleme vorübergehend außerhalb der Eurozone bewältigten.

Was tun mit den persönlichen Ersparnissen?

Niedrige Zinsen, bei denen es voraussichtlich noch länger bleibt, sind ein Negativfaktor für Sparer und wirken sich entsprechend ungünstig auf die Ergebnisse von Altersversorgungen und Versicherungen aus. Deshalb empfehle es sich, äußerst vorsichtig mit der Planung der eigenen Altersversorgung umzugehen, in Sachwerte zu investieren und zu splitten, um eventuelle Risiken zu verringern, lautete der Rat der beiden Finanzexperten Rolf von Hohenhau und Tanja Schweiger, die als Diplom-Kauffrau vor ihrer politischen Laufbahn bei einer deutschen Großbank für Vermögensanlageberatung zuständig war.

** Der Europäische Stabilitätsmechanismus (kurz ESM, englisch European Stability Mechanism) ist Teil des Euro-Rettungsschirms. Aufgabe des ESM ist es, überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone durch Notkredite und Bürgschaften zu unterstützen, um deren Zahlungsunfähigkeit zu verhindern.*